

Claudia Kemfert

"Die fossile Industrie kämpft hart um ihre Pfründe"

Strom sei nicht wegen der Energiewende so teuer, sagt die Ökonomin Claudia Kemfert – sondern weil die Kohlekraftwerke immer noch laufen. Die fossile Lobby schlage zurück.

Interview: **Alexandra Endres**

20. April 2017, 13:23 Uhr / 274 Kommentare



Das Kohlekraftwerk in Neurath (Archiv) © Wolfgang Rattay/Reuters

ZEIT ONLINE: Frau Kemfert, in Ihrem neuen Buch schreiben Sie, die Energiewende sei nicht schuld an den hohen Strompreisen in Deutschland. Ernsthaft?

Claudia Kemfert: Zu behaupten, der Strom sei wegen der Energiewende so teuer, ist ein reines Ablenkungsmanöver. Fakt ist: Die Erneuerbaren werden immer billiger, denn die Kosten von Wind- oder Solarstrom sinken kontinuierlich. Aber weil in Deutschland immer noch so viele alte Kohle- und Atomkraftwerke am Netz sind, wird hierzulande viel zu viel Strom produziert. Das Überangebot lässt den Strompreis an der Börse stark sinken...

ZEIT ONLINE: ...und eben weil die Energiewende so merkwürdig konstruiert ist, treibt genau das den Preis für die privaten Endverbraucher in die Höhe [<http://www.zeit.de/wirtschaft/2017-03/strompreis-eeg-umlageenergiewende-erneuerbare-energien>].

Kemfert: Das stimmt nicht ganz. Richtig ist: Die EEG-Umlage basiert auf einem paradoxen Effekt. Wer eine Wind- oder Solaranlage betreibt, bekommt dafür – je nach Art und Größe der Anlage – eine Einspeisevergütung [<https://de.wikipedia.org/wiki/Einspeiseverg%C3%BCtung>] in fixer, garantierter Höhe. Der Börsenstrompreis liegt in der Regel darunter, und die EEG-Umlage [<https://www.bundesnetzagentur.de/SharedDocs/FAQs/DE/Sachgebiete/Energie/Verbrauch>] finanziert die Differenz. Je tiefer der Strompreis an der Börse sinkt, desto höher ist also die Umlage.

Das ist ein kostenneutraler Weg zur Förderung der Erneuerbaren, und für den Endverbraucher müsste das eigentlich zu stabilen Preisen führen. Wer den Erfolg von Wind und Sonne für steigende Endverbraucherpreise verantwortlich macht, ist unehrlich oder betreibt ein gezieltes Täuschungsmanöver. Für die steigenden Strompreise gibt es viele andere Gründe.

ZEIT ONLINE: Zum Beispiel?



Claudia Kemfert: Das fossile Imperium schlägt zurück. Warum wir die Energiewende jetzt verteidigen müssen. Murmann Verlag, 2017. © Murmann Verlag

Kemfert: Ein nicht unwesentlicher ist eben, dass zu viele konventionelle Kraftwerke am Netz sind und zu viel Strom produzieren. Außerdem: Dass die Politik alten, ineffizienten Kohlekraftwerken eine Abwrackprämie zugestanden hat [<http://www.zeit.de/wirtschaft/unternehmen/2015-11/energiewende-braunkohlekraftwerk-kraftwerksreserve-gesetzesentwurf>], die jetzt auf den Strompreis draufsattelt. Dass energieintensive Unternehmen die EEG-Umlage nicht zahlen müssen [<http://www.zeit.de/2014/29/energiewende-eeg-sigmar-gabriel>], also derzeit vom super-billigen Strompreis profitieren, und die privaten Verbraucher deren Anteil übernehmen müssen.

Hinzu kommt ein völlig überdimensionierter Netzausbau – für den Überschuss an Strom, der erzeugt wird, eben weil die ineffizienten Kohlekraftwerke noch am Netz sind. Auch den Netzausbau zahlen die Verbraucher. Die Energiewende ist nicht wegen der Erneuerbaren teuer, sondern weil wir viel zu lange an der alten Infrastruktur festhalten. So müssen die jungen Energien quasi die Rente für die ohnehin jahrzehntelang gepöppelten alten Energien bezahlen. Wir finanzieren die Vergangenheit, statt in die Zukunft zu investieren.

»Wir brauchen Mindestkapazitäten gegen Blackouts genauso wenig wie Butterberge gegen den Hunger.«

ZEIT ONLINE: Sie sagen, es seien zu viele konventionelle Kraftwerke am Netz – aber Wind und Sonne liefern ihre Energie nur sehr schwankend, und man braucht die Kohle immer noch für die Grundlast. Und der Atomausstieg ist doch definitiv bis 2022 [<http://www.zeit.de/wirtschaft/2016-12/atomausstieg-kernenergie-nutzung-atommuell-endlagerung-bundestag>] geplant – selbst wenn es nun schneller ginge, so haben die Investoren durch das fixe Datum wenigstens Rechtssicherheit. Soll man die nun wieder über Bord werfen?

Kemfert: Der Mythos Grundlast! Kohlekraftwerke seien nötig, um die Versorgung sicherzustellen: Das wird gern behauptet, ist aber falsch. Wir brauchen Mindestkapazitäten gegen Blackouts genauso wenig wie Butterberge gegen den Hunger. Und wir brauchen für die erneuerbaren Energien auch keinen Netzausbau: Zwei von drei neuen Trassen dienen dem Transport von Kohlestrom!

Wenn man die Wende wirklich will und die Ziele der Bundesregierung zum Umbau des Energiesystems ernst nimmt, dann muss man die konventionellen Kraftwerke nach und nach abschalten [<http://www.zeit.de/2017/16/klimaschutz-klimawandel-deutschland-selbstbetrug>]. Dass der Atomausstieg beschlossen wurde, ist gut und richtig, aber wir müssen auch an die besonders klimaschädliche Kohle ran.

Bis zum Jahr 2009 wurden Kohlekraftwerke runtergefahren, wenn sehr viel erneuerbarer Strom im Netz war; technisch war das problemlos möglich. Warum soll das heute nicht funktionieren? Aber weil der Gesetzgeber die Regeln geändert hat, wird heute der Kohlestrom bevorzugt. Das macht das ganze System ineffizient und teuer, und es bremst die Energiewende weiter aus.

»Wenn wir alle neuen technischen Möglichkeiten nutzten, bräuchten wir keine Kohlekraftwerke.«

ZEIT ONLINE: Wie ginge es denn besser?

Kemfert: Wir brauchen flexiblere, dezentrale Strukturen, auch auf regionaler Ebene. Digital gesteuerte Netze, durch die sich Stromangebot und Nachfrage flexibel aneinander anpassen. Die Erneuerbaren müssen so aufeinander abgestimmt werden, dass sie zu jeder Zeit Versorgungssicherheit garantieren können. Das geht auch mit Solar, Wind, Biomasse und Wasserkraft – und mit den entsprechenden Speichern.

Die Technik dafür gibt es: In Hamburg beispielsweise denkt man über einen riesigen unterirdischen Wärmespeicher nach, der Sonnenenergie aufnehmen soll, aber auch die Abwärme von Fabriken und Rechenzentren. Im Winter will man Wärme aus der

überhitzten Elbe gewinnen. Wenn wir all die neuen Möglichkeiten nutzten, bräuchten wir weder Kohlekraftwerke für die Grundlast noch überdimensionierte, viel zu teure neue Stromleitungen zwischen Nord- und Süddeutschland.

ZEIT ONLINE: Aber vielleicht brauchen wir sie im Moment noch, um den Übergang in die neue Welt zu schaffen.

"Wir werden nicht in der Lage sein, uns von den Folgen der Erderwärmung abzuschotten"

Kemfert: Rein technisch betrachtet bräuchten wir sie nicht mehr. Aber es stimmt, derzeit funktioniert der Markt noch so, dass sich die neuen Strukturen nicht herausbilden könnten. Die Rahmenbedingungen begünstigen noch die alte Welt. Die Politik könnte gegensteuern, etwa indem sie fossile Kraftwerke vom Netz nimmt und dadurch Anreize für Investitionen in eine neue, flexiblere Infrastruktur schafft. Leider tut sie es nicht.

ZEIT ONLINE: Sie haben die Industrierabatte als einen Grund für den hohen Strompreis erwähnt. Die sollten ursprünglich international aktive Unternehmen entlasten und so ihre Wettbewerbsfähigkeit erhalten. Das Argument könnte wieder wichtig werden – gerade in Zeiten, in denen die USA ihre Klimapolitik zurückdrehen [<http://www.zeit.de/politik/ausland/2017-03/usa-donald-trump-umwelt-kohle-klima>] und wieder stärker auf fossile Energie [<http://www.zeit.de/wirtschaft/2017-03/donald-trump-klimapolitik-kohleindustrie-klimawandel>] setzen.

Kemfert: Für Unternehmen, die im internationalen Wettbewerb stehen und die trotz einer energieeffizienten Produktionsweise sehr hohe Energiekosten haben, mögen die Rabatte sinnvoll sein. Aber mittlerweile erhalten zu viele andere Firmen ebenfalls einen Nachlass. Manche Betriebe verschwenden Energie und treiben dadurch ihre Kosten in die Höhe, bis sie den für die Rabatte relevanten Grenzwert überschreiten. Oder sie lagern Arbeitsplätze mittels Leiharbeit aus, damit die Energiekosten im Verhältnis zu den Arbeitskosten steigen und sie dann in den Genuss des Rabatts kommen. Die konnte man jüngst wieder einmal in der Fleischbranche beobachten, die so über 30 Millionen Euro einspart. Da passieren die widersinnigsten Dinge. Energieverschwendung wird belohnt, dabei müsste es umgekehrt sein.

ZEIT ONLINE: Aber noch mal: Das sind alles Bestandteile der Energiewende. Für den privaten Verbraucher ist es doch letztlich egal, welcher Konstruktionsfehler für den hohen Strompreis verantwortlich ist – entscheidend für ihn ist: Wegen der Energiewende zahlt er zu viel. Punkt. [<http://www.zeit.de/2017/17/energiewende-stromversorgung-kosten-soziale-ungleichheit>]

Kemfert: Ich glaube schon, dass es die Bürger interessiert, was ihnen beim Strompreis alles heimlich untergejubelt wird. Zum Beispiel, dass man die Kosten für den Netzausbau



**ALEXANDRA
ENDRES**

*Redakteurin
im Ressort*

Politik,

Wirtschaft

und

Gesellschaft,

ZEIT

ONLINE

senken könnte – der den Netzbetreibern übrigens traumhafte Renditen einbringt. Und ich glaube, dass man viel mehr darüber informieren muss, was hinter den Kulissen passiert. Die fossile Industrie kämpft hart um ihre Pfründe – was dazu führt, dass man noch länger an überholten Strukturen festhält und das Ganze dadurch noch teurer wird. Besonders deutlich sieht man das ja derzeit in den USA.

»Wenn wir nicht handeln, sind die Kosten unvergleichlich höher.«

ZUR AUTORENSEITE

[[HTTP://WWW.ZEIT.DE/AUTOREN/E/ALEXANDRA_ENDRES/INDEX.XML](http://www.zeit.de/autoren/e/alexandra_endres/index.xml)]

Was wäre denn die Alternative? Die Kosten für die möglichen Klimaschäden, wenn wir nicht handeln, sind unvergleichlich höher. Ganz abgesehen von den geopolitischen Risiken, also von Konflikten, Gewalt und Migration, die durch den Klimawandel entstehen können. Auch in Deutschland und Europa werden wir nicht in der Lage sein, uns von den Folgen der Erderwärmung abzuschotten. So gesehen ist die Energiewende ein ziemlich wichtiges Friedensprojekt.

ZEIT ONLINE: Ihre Argumente sind nicht neu, aber immer weniger Menschen scheinen sie zu glauben oder ernst zu nehmen.

Kemfert: Wenn den Menschen jeden Tag erzählt wird, die Welt sei eine Scheibe, zeigt das irgendwann Wirkung. Da ist die Wissenschaft gefordert, gegenzuhalten [<http://www.zeit.de/2017/16/wissenschaftler-glaubwuerdigkeit-march-of-science>] – und die Bürger müssen sich gründlich informieren, etwa indem sie ihre Quellen kritisch prüfen, statt den Populisten einfach zu glauben.

Ich merke auch in meinem Bekanntenkreis, dass viele Mythen sich offenbar wieder ausbreiten. Selbst der Klimawandel wird zuweilen angezweifelt. Interessierte Kreise streuen Falschinformationen, um die fossile Vergangenheit zurückzuholen. Dahinter stecken starke Wirtschaftsinteressen. Für uns Wissenschaftler heißt das: Wir müssen immer wieder neu und unmissverständlich sagen, dass die Zukunft nicht in Öl und Kohle liegt, sondern in den Erneuerbaren. Auch die Wissenschaft muss sich positionieren, indem sie ihre Erkenntnisse offensiver vertritt.

»Was in den USA passiert, ist in höchstem Maße alarmierend.«

ZEIT ONLINE: Warum eigentlich sind Sie so pessimistisch? Gerade aus den USA hört man immer wieder, dass der Wandel hin zu einer sauberen Energiezukunft gar nicht mehr aufzuhalten sei [<http://www.zeit.de/wirtschaft/2017-03/klimaschutz-usa-donald-trump>]

heidi-vangenderen-rolf-nordstrom-interview] – gerade aus ökonomischen Gründen [<http://www.zeit.de/wirtschaft/unternehmen/2016-04/peabody-energy-kohle-abbau-konzern-usa-insolvenz>], und trotz der neuen Regierung unter Donald Trump. Die Erneuerbaren sind vielerorts schon billiger als die Kohle, selbst konservative Bundesstaaten investieren dort in Sonne und Wind...

Kemfert: Ich bin sehr optimistisch: Langfristig wird die Energiewende nicht aufzuhalten sein. Ich warne nur vor Überheblichkeit. Was in den USA – und auch anderswo – passiert, ist in höchstem Maße alarmierend, denn es wirft den Klimaschutz um Jahre zurück. Wir haben nicht mehr so viel Zeit. So wird es teurer und teurer. Und den Preis bezahlen leider nicht die, die heute vom Nichtstun profitieren. Diese extreme Ungerechtigkeit empört zum Glück nicht nur mich.

ZEIT ONLINE: Ein Argument gegen den Klimaschutz, sicher auch für manche deutsche Wähler, sind die Arbeitsplätze, die in der fossilen Industrie verloren gehen. Zum Beispiel in der Lausitz [<https://www.welt.de/wirtschaft/energie/article160313403/Die-Lausitz-verweigert-sich-dem-nahenden-Untergang.html>]. Was sagen Sie den Leuten dort?

Kemfert: Natürlich brauchen die Menschen in den Kohleregionen eine verlässliche Perspektive. Aber die lässt sich nur mit den beteiligten Unternehmen erarbeiten, und zwar je früher, desto besser. Ich bin sehr enttäuscht von der Braunkohleindustrie, die sich einem Dialog darüber bisher verweigert hat. Statt Millionen in PR-Kampagnen zu investieren, könnten sie das Geld in die Entwicklung neuer Geschäftsmodelle stecken.

ZEIT ONLINE: Dass sie kein Interesse daran hat, an ihrer eigenen Abschaffung mitzuwirken, ist doch verständlich.

Die Diesel-Subventionen abzuschaffen brächte mehr als sieben Milliarden pro Jahr

Kemfert: Aber es bringt doch nichts, die Augen zu verschließen! Es wird so nicht weitergehen können. Je früher die betroffenen Firmen sich mit dem Wandel auseinandersetzen, je aktiver sie versuchen, ihre Zukunft zu gestalten, desto besser. Es gibt so viele Ideen und Ansätze für Unternehmen; wer heute unbedingt noch Schreibmaschinen produzieren will, hat die Uhr nicht schlagen gehört!

ZEIT ONLINE: Der deutsche Strom wird schon zu etwa einem Drittel aus Erneuerbaren erzeugt. Verkehr und Wärme aber funktionieren fast ausschließlich mit fossilen Energien – und die werden von der Politik kaum finanziell belastet [<https://www.agora-energiewende.de/de/presse/agoranews/news-detail/news/billiges-heizoel-teurer-strom-gegenwaertige-abgaben-und-umlagen-auf-energie-verhindern-erfolg-der-energiewende-1/News/detail/>]. Wäre es nicht viel dringender, hier gegenzusteuern, statt an den Details der Strommarkt-Energiewende zu arbeiten?

»Eine dynamische Steuer auf fossile Kraftstoffe, Erdgas und Heizöl«

Kemfert: Ganz genau, und zwar dringend! Streng genommen hat die Verkehrswende ja noch gar nicht begonnen. Nur ein Beispiel: Derzeit erhebt der Staat auf den Liter Diesel 18 Cent weniger Steuern als auf Superbenzin. Würde man diese Subvention streichen, brächte das dem Staat mehr als sieben Milliarden Euro jährlich ein, die er einsetzen könnte, um alternative Kraftstoffe oder Verkehrskonzepte zu fördern. Und gerade in Zeiten des niedrigen Ölpreises könnte man eine dynamische Steuer auf fossile Kraftstoffe, Erdgas und Heizöl erheben.

ZEIT ONLINE: Im Moment sieht es eher nicht so aus, als würde die Energie- oder Verkehrswende im Wahlkampf und in der kommenden Legislaturperiode eine große Rolle spielen.

Kemfert: Im Wahlkampf wohl nicht, und ich halte das für sehr bedauerlich. Das Thema ist zu wichtig, als dass man es vernachlässigen oder gar der fossilen Lobby überlassen sollte. Was die nächste Legislatur betrifft: Das hängt von der kommenden Bundesregierung ab. Es wäre gut, wenn sie die Energie-, Verkehrs- und Klimapolitik beherrschen könnten. Wir können es uns wirklich nicht erlauben, noch mehr Zeit zu verplempern.